



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 53

P/VI/86

13. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|--|------|
| Legalen und illegalen Interzonenhandel | S. 1 |
| Das englische Staatsbudget | S. 3 |
| Südweststaat noch nicht abzusehen | S. 5 |
| Billiges Brot aus dem Osten | S. 6 |

Gefährlicher Handel

(sp) Amerikanische Stellen schätzen, dass der ungesetzliche Handel allein mit kriegswichtigem Material, das unter dem Eisernen Vorhang hindurchgeht, etwa 300 Mill. DM ausmacht. Zwei hohe amerikanische Beamte des Außenministeriums und der ECA-Verwaltung sind zur Untersuchung dieses Phänomens in Deutschland eingetroffen.

Damit wird ein Problem angesprochen, das in den letzten Jahren eine Quelle ständig zunehmender, schwerster Sorgen war. Es liegt eine Fülle beweiskräftiger Unterlagen - zuletzt zusammengestellt in einer umfangreichen Denkschrift des Vorstandes der SPD - darüber vor, wie gerade diese besondere Form des Interzonenhandels organisiert ist und funktioniert. Gegen diese besondere Spielart von Infiltration und Zersetzung muss jede denkbare Waffe angewandt werden. Es scheint, dass die zuständigen Bundesbehörden auch in dieser Hinsicht manches versäumt haben.

Schon beim regulären Interzonenhandel, der trotz aller Schwierigkeiten gewiss nach Kräften gefördert werden muss, sind viele besondere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Es handelt sich ja nicht um einen Warenaustausch herkömmlicher Art, sondern, nach dem Willen der Sowjets und ihrer Willensvollstrecker, um einen politischen Vorgang. Zahllose Äußerungen sowjetzonaler Stellen bestätigen,

dass es der tiefere Sinn des russischen Interesses an diesem Handelsverkehr ist, die Bundesrepublik auf jede nur mögliche Weise zu schwächen und zu zersetzen. Soweit dem eigenen wirtschaftlichen Interesse damit auch direkt gedient wird - umso besser.

Deshalb ist von der Opposition schon immer gefordert worden, eine zentrale Stelle zu errichten, die alle Fragen des Interzonenhandels behandelt und der Kontrolle durch Regierung und Parlament unterliegt. Dem Aussenhandelsmonopol der Sowjetzone muss ein gleichstarker Faktor entgegengesetzt werden. Heute macht jeder mit jedem Geschäfte und da die sowjetzonalen Händler ferngesteuert werden, ist der Westen, insgesamt gesehen, der sowjetischen Methode und ihrer Wirksamkeit unterlegen.

Das gefährlichste Kapitel aber ist der illegale Handel. Die wesentlichsten Gründe für seine gefährliche Entfaltung liegen zunächst in der Kompliziertheit, in den hohen Kosten und im zeitraubenden Verfahren des legalen Weges, so dass der direkte Bar- oder Kompensationsverkehr vorgezogen wird. Besonders bevorzugt wird dieser Weg bei verbotenen oder genehmigungspflichtigen Waren. Gerade am Bezug dieser Waren haben die osteuropäischen Staaten ein spezielles Interesse. Schliesslich reizt der freie Währungskurs Ostmark zu Westmark vielfach zu illegalen Lieferungen.

Sicher ist, dass die Sowjetzonenwirtschaft noch lange Zeit auf die Warenlieferungen aus Westdeutschland angewiesen ist, vor allem hängt die Erfüllung ihrer Mehrjahrespläne vom Fortbestehen dieses Handels ab. Aber gerade darin liegt die Stärke der Position der Bundesrepublik, die von der Regierung bisher im wesentlichen unausgenutzt blieb. Vor allem aber wird es künftig notwendig sein, mit ganzer Schärfe gegen den illegalen Handel und gegen alle diejenigen vorzugehen, die ihn stützen. Dazu sind nicht allein gesetzliche Massnahmen vonnöten, sondern ebenso Erziehung und Aufklärung, die dazu führen müssen, dass jeder einzelne Unternehmer oder Händler in Westdeutschland es einfach nicht riskieren kann, sich durch Förderung des illegalen Handels als Rückversicherer zu entlarven.

Bei der ganzen Frage darf man nicht einen Augenblick ausser acht lassen, dass die Sowjetzone bzw. ihre Besatzungsmacht nach ihrem eigenen Willen für die Bundesrepublik keine echten Partner, sondern unerbittliche Gegner sind, für die der Handel mit dem Westen, gleich, in welcher seiner vielfältigen Formen er betrieben wird, nichts als ein Mittel des Kampfes ist.

Gaitskells Budget befriedigt

B.C. London, im April

Die Sensation in Schatzkanzler Gaitskells erstem Staatshaushaltsplan ist, dass es wider Erwarten keine wirkliche Sensation enthält. Im strengen Sinne der Puristen ist es noch nicht einmal ein "sozialistisches" Budget, da es keine allgemeine Kapitalsabgabe (etwa im Sinne des deutschen Wehrbeitrages von 1910) vorsieht. Doch da es die schweren Rüstungslasten (1.500 Mill. Pfund von insgesamt 4.197 Mill. Pfund Ausgaben) einigermaßen gerecht verteilt, d.h. hauptsächlich den Wohlhabenden aufbürdet, ohne sie jedoch durch die Last zu erdrücken, kann man es ein "fairnes" Budget nennen, an dem Sozialisten nicht allzuviel zu nörgeln haben. Bezeichnenderweise bekam Gaitskell während seiner Rede abwechselnd von beiden Seiten des Hauses Beifall - immer ein Zeichen von "fairness".

Alle Steuerveränderungen zusammen sollen im laufenden Finanzjahr (1951-52) 138 Mill. Pfund mehr einbringen. Gaitskell veranschlagt:

| | | |
|-----------------|-----------|---------------|
| Staatseinkünfte | mit Pfund | 4.236.000.000 |
| Staatsausgaben | " " | 4.197.000.000 |
| Überschuss | mit Pfund | 39.000.000 |

Unschmackhaft für die Sozialisten ist eigentlich nur eine Veränderung: In der Sozialversicherung, in der bisher alles frei war, soll jetzt der Versicherte für Brillen und Zahnprothesen einen Anteil der Kosten selbst bezahlen. Das wird im Jahre 25 Mill. Pfund einsparen.

Diese Massnahme wird mangels wirklicher Sensationen im Haushaltsplan von einem Teil der Presse nun zur Sensation einer angeblichen Kabinettskrise aufgebaut. Denn vor kurzem hatte Arbeitsminister Aneurin Bevan, der als ehemaliger Gesundheitsminister der "Vater" der Sozialversicherung ist, erklärt, er missbillige Massnahmen, die den Kranken einen Teil der Behandlungskosten aufladen. Daraus werden jetzt angebliche Rücktrittsabsichten und gar -drohungen konstruiert. Aneurin Bevan wird aber nicht zurücktreten, so wenig ihm, wie allen Sozialisten, die Gebühr für Augengläser und

Zähne schmackhaft sein mag.

Der junge Schatzkanzler, Gaitskell, hatte eine überraschend gute Presse. Nach seiner Rede, als er gerade alten Brauch zufolge sein Glas Rum mit Zitronenwasser schlürfte (das der Schatzkanzler während seiner Budgetrede auf Staatskosten bekommt - der einzige Fall, in dem alkoholische Getränke in den Sitzungssaal gebracht werden dürfen), gratulierte Altmeister Churchill dem jungen Kollegen wegen seiner klaren Rede, die "eine brillante parlamentarische Leistung" gewesen sei.

Zusammengfassend lässt sich sagen, dass dieses Budget, wenngleich es nicht "sozialistisch", so doch "sozial" ist, indem es die Lasten einigermaßen gerecht verteilt und die niederen Einkommen verschont; es beschneidet den Luxus weitgehend und gibt den Alten etwas Auftrieb; es schaut den durch das Wehrprogramm notwendig gewordenen Tatsachen frei ins Gesicht und beschränkt den Lebensstandard für alle Klassen, nicht nur für die Wirtschaftlich Schwachen.

+ + + + +

CJO unterstützt den Mitbestimmungskampf

(sp) Victor Reuther, der in Paris arbeitende europäische Vertreter der grossen US-Gewerkschaft CJO, nahm in einer offiziellen Erklärung kürzlich Stellung zu dem Versuch einer US-Unternehmervereinigung, das Mitbestimmungsrecht zu torpedieren. Reuthers Ausführungen entnehmen wir u.a.:

"Nichts ist mehr dazu angetan die arbeitende Bevölkerung Europas davon zu überzeugen, dass die kommunistischen Beschuldigungen eines amerikanischen Imperialismus wohlbegründet sind, als die Kampagne der National Association of Manufacturers, einer Unternehmervereinigung der Vereinigten Staaten, gegen den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um das Mitbestimmungsrecht. Weder in dieser noch in anderen Fragen spricht die Vereinigung im Namen des amerikanischen Volkes. Das amerikanische Volk hat die Verpflichtung übernommen, den kriegszerstörten und unentwickelten Gebieten der Welt wirtschaftliche Hilfe zukommen zu lassen. Wir betrachten diese Verpflichtung als eine Folge unserer günstigen wirtschaftlichen und geographischen Lage; wir sind nicht der Ansicht, dass wir das Recht haben, von der übrigen Welt zu fordern, dass sie als Gegenleistung sich die amerikanische Wirtschaftsorganisation zur Richtschnur macht.

Wir sind der Ansicht, dass die deutschen Arbeiter nach den bitteren Erfahrungen der Nazijahre berechtigt sind, eine ausreichende demokratische Kontrolle über die Lenkung ihres nationalen Wirtschaftslebens zu fordern und sicherzustellen, um sich selbst vor dem Machtstreben einer egoistischen Minderheit deutscher Grossunternehmer, deren Traue zur Demokratie, gelinde ausgedrückt, sehr zweifelhaft ist, zu schützen".

+ + +

Nicht mehr im Zeitalter der Postkutsche

Kl.P.Sch. Wer gehofft hatte, dass das leidige Problem des Südweststaates auf der Bundesebene eine etwas schnellere und energischere Lösung erfahren würde, muss heute gestehen, dass seine Erwartungen heftig enttäuscht worden sind. Bekanntlich ging nach dem Scheitern einer Ländervereinbarung im November v.Js. die Initiative automatisch an den Bund über; bisher hat aber auch der Bundestag keine klaren Entscheidungen gefunden. Dagegen steht die Stellungnahme des Bundesrates aus. Lediglich die am 29. April fälligen Wahlen im südlichen Dreieck der französischen Zone sind durch das sogenannte "Blitzgesetz" des Bundestages vorerst vertagt worden. In Südbaden wird, um der Landesverfassung zu genügen, die Frage einer Verschiebung der Landtagswahlen voraussichtlich durch Volksbefragung geklärt werden.

Wenn man bedenkt, dass die Idee des Südweststaates bereits im Sommer 1948 geboren wurde und damals eine überraschend grosse Resonanz fand, so ist das eine traurige Bilanz für die Bemühungen unserer Innenpolitik, eine uns von den Nachkriegsverhältnissen gleichsam aufgezwungene föderalistische Staatsform lebensfähig zu gestalten und vor allem das Volk selbst für diese Aufgabe zu interessieren. Die im Grundgesetz vorgesehene starke Position der Bundesexekutive bedarf in mancher Hinsicht zweifellos eines Gegengewichts im Bundesrat. Diese Institution wird aber eine echte produktive Kraft erst dann entfalten können, wenn sie aus lebensfähigen Organen besteht, statt eine ganze Reihe von ohnmächtigen mitzuschleppen, und wenn die Gefahr beseitigt wird, dass sie zu einem Spannungsfeld widerstreitender Kirchturmsinteressen entartet. Denn schliesslich wäre die Bildung eines Südweststaates ja nur der erste Schritt, in Rahmen der Bundesrepublik kraftvolle und selbständige Länderglieder im Sinne einer neuen Zeit zu schaffen, aber wahrhaftig nicht der einzige.

Unsere Epoche, die immer deutlicher zur Erschliessung und Zusammenfassung grösserer geographischer Räume und zu einer Einschränkung nationaler Souveränitätsrechte hindrängt, hat keinen Platz mehr für eifersüchtig behütete landesmannschaftliche Interessen und daraus

abgeleitete groteske "Macht"-Ansprüche. Es kommt wahrhaftig nicht auf die Zahl der Länder an, die in einer Verfassungskörperschaft wie dem Bundesrat vertreten sind, sondern in erster Linie auf deren wirtschaftliches Gewicht und soziale Struktur. Männer wie der südbadische Staatspräsident Leo Wohleb, die aus wohlgetarntem Eigennutz die Bedürfnisse unserer Gegenwart am liebsten mit ganzen Strömen von Sentimentalität überschwemmen möchten, haben völlig vergessen, dass das neunzehnte Jahrhundert der Geschichte angehört und dass wir nun einmal nicht mehr im Zeitalter der Postkutsche leben. Die Anforderungen, denen Bund und Länder in nächster Zeit wirtschaftlich und steuerlich gerecht werden müssen, verlangen gerade im Interesse des kleinen Mannes, dass die notwendigen Einsparungen dort vorgenommen werden, wo sie die Allgemeinheit am wenigsten belasten. Für überflüssig gewordene "Staatspräsidenten", Landesminister und Landtagsabgeordnete wird sich schon eine neue Verwendung finden, die ihren Fähigkeiten und beruflichen Voraussetzungen entspricht. Die eingesparten Millionenbeträge sollten aber so rasch wie möglich nützlicheren Zwecken zugeführt werden: wenigstens bevor die Bevölkerung jedes aktive Interesse an einer vernünftigen Länderreform verloren hat.

+ + + +

Billiges Brot aus der Ostzone

(sp) Aus Ruderstadt, Helmstedt und anderen Städten und Dörfern an der Zonengrenze kommen alarmierende Nachrichten. Sie lassen mit erschütternder Eindringlichkeit erkennen, wie durch die verfehlte Bonner Wirtschaftspolitik die Widerstandskraft gegen die östliche Infiltration geschwächt wird.

Seit die Bundesregierung die Preise für Brot erhöht hat und das Konsumbrot praktisch nur noch an Stammkunden abgegeben wird, hat an der Zonengrenze ein schwunghafter Brotschmuggel eingesetzt. Frauen und Kinder aus den ostzonalen Grenzdörfern bringen körbeweise Brot bester Qualität in die Häuser der westdeutschen Grenzorte. Sie verlangen für 5 Pfund etwa 1.- DM und machen damit noch ein gutes Geschäft, weil sie in den NO-Bäckerläden der Ostzone nur 1.30 Ostmark für die gleiche Menge bezahlt haben. Aber auch die westdeutschen Hausfrauen sind mit dem Brotschmuggel einverstanden. Sie müssten im

Laden für dieselbe Menge gleichwertigen Brotes 1.65 DM bezahlen, sparen also 65 Pfennige!

Auswirkungen dieser Tatsachen sind auf die Dauer gesehen unvermeidlich! Die ohnehin einer verstärkten Versuchung der Rückversicherung ausgesetzten Grenzbewohner werden Vergleiche ziehen - und die Demokratie wird schlecht dabei abschneiden. Was liegt näher, als dass die Machthaber im Osten das für ihre Zwecke ausnutzen! Die mehrfachen Preissenkungen in den HO-Läden, und das sind politische, auf Propaganda in Westdeutschland abzielende Preissenkungen, zeigen, was einer Diktatur um politischer Zielsetzung willen möglich ist! Die Gleichheit vor dem Gesetz, die Meinungsfreiheit und das allgemeine Wahlrecht sind gewiss Prinzipien, die für ein menschenwürdiges Leben unverzichtbar sind. Sie allein reichen aber nicht aus, um die Demokratie als eine ideale Lebensform erscheinen zu lassen. Soziale Sicherheit ist ebenso wichtig und diese Sicherheit beginnt beim täglichen Brot.

+ + +

Nachrichten aus der Ostzone:

Überstunden zu Normallöhnen

(sp) In zahlreichen Schwerpunktbetrieben der Sowjetzone ist es in letzter Zeit zu wiederholten Protesten der Arbeiterschaft gegen die Aufhebung der 48-Stunden-Woche für sogenannte Schwerpunktbetriebe gekommen. Die Arbeiter weigerten sich, Mehrarbeit zu leisten für die nach der Anordnung des sowjetdeutschen Arbeitsministers nicht mehr die tariflich festgelegten Zuschläge gezahlt werden.

Überanstrengte Lehrer

(sp) Mehr als 40% der an den Schulen der Sowjetzone beschäftigten Lehrer haben sich zurzeit krank gemeldet, geht aus Monatsberichten der Ministerien für Volksbildung in der Sowjetzone hervor. In den Berichten wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Mehrzahl der Lehrer unternährt und bei teilweise über 100 Wochenstunden der körperlichen Überanstrengung nicht gewachsen sei.

Sonderschichten für die FDJ

(sp) Der FDGB-Bundesvorstand hat die Vorstände der Industriegewerkschaften darauf aufmerksam gemacht, dass durch die Teilnahme Jugendlicher an den "Weltjugendfestspielen" in Berlin kein Produktionsausfall eintreten dürfe. Die Stammbelagschaften der Betriebe sollen verpflichtet werden, durch Sonderschichten den Ausfall der Jugendlichen auszugleichen. Arbeiter, die dies ablehnen, sollen namentlich gemeldet werden.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt